

Das Zitat des Monats:

„Vielleicht gibt es schönere Zeiten -
aber diese ist unsere.“

Jean Paul Sartre



Ihr Autor:
Thomas Adolph, Geschäftsführer



Adolph Finanzplanung
& Wirtschaftsberatung
Dienstleistungsgesellschaft mbH

Vilbeler Landstr. 186
60388 Frankfurt
Tel.: 06109-50560
Fax: 06109-505629
eMail: info@afw-gmbh.de
www.afw-gmbh.de

Eingetragen beim Amtsgericht Frankfurt am
Main, HRB 41993

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
DE 183961131

Erlaubnis nach §34c GewO erteilt durch das
Ordnungsamt der Stadt Frankfurt am Main

Hinweis / Haftungsausschluß:

Reproduktion oder Weiterversand dieses Newsletters, ganz oder teilweise, nur mit Einverständnis des Herausgebers und Quellenangabe. Alle Rechte vorbehalten. Die in diesem Newsletter enthaltenen Angaben basieren auf Informationen aus Quellen, die von AFW als seriös und glaubwürdig eingeschätzt werden. AFW nimmt keine Überprüfung der Richtigkeit oder Genauigkeit solcher Informationen vor. Alle Angaben sind daher ohne Gewähr und stellen keine Empfehlung zum Kauf oder Verkauf dar. Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluß haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets ausschließlich der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich, dessen Meinung wir uns ausdrücklich nicht zu eigen machen. Insofern wird jede Haftung ausgeschlossen.
Redaktionsschluß: 25.03.2009

Guten Tag liebe Leserinnen und Leser,

wir möchten uns an dieser Stelle herzlich für Ihre Nachfragen nach den Newslettern bedanken. Ja, es ist wahr: Der letzte Newsletter ist am 18.12.2008 erschienen. Unsere monatliche Erscheinungsweise konnten wir seitdem einfach nicht mehr einhalten, viel zu hoch ist der Arbeitsanfall aus dem täglichen Geschäft. Und wir fürchten, daß sich daran so schnell auch nichts ändern wird, weshalb eine regelmäßige monatliche Erscheinungsweise wohl zunächst nicht mehr möglich sein wird. Trotzdem versuchen wir natürlich, weiterhin zu erscheinen. Wie Ihre vielen Zuschriften zeigen, schätzen Sie diesen kleinen Newsletter offensichtlich sehr - das freut uns riesig! Damit wünschen wir Ihnen viel Spaß bei der heutigen Lektüre.

Die Themen des Monats:

1. TOP-Thema: Finanzkrise halb so schlimm wie gedacht?	S.	1
2. Finanznews	S.	2
3. Fondsnews	S.	5
4. Versicherungsnews	S.	8
5. Renten- und Sozialversicherungsnews	S.	9
6. Rechts- und Steuernews	S.	10
7. Und dann war da noch...	S.	12

1. TOP-Thema: Finanzkrise halb so schlimm wie gedacht?

In der Öffentlichkeit ist es seltsamerweise kaum bemerkt worden, dabei ist es umso spannender: Die tatsächlichen Ausfälle der ganzen Problempapiere (also der "toxischen Wertpapiere" aus Subprime & Co) sind wohl derzeit (noch) minimal!

Die SoFFin, das ist der staatliche Banken-Rettungsfonds, übernimmt gegen eine Gebühr von den Banken die problematischen Wertpapiere und ermöglicht es damit den Instituten, diese unverkäuflichen und von allen als extrem problematisch betrachteten Papiere nicht abschreiben zu müssen. Damit werden reihenweise Bankenpleiten vermieden, was für unser gesamtes Wirtschaftssystem hochgradig existenzgefährdend wäre. Mit Datum vom 1. März 2009 kam aber folgende Meldung über die Nachrichtenagenturen, die wir hier auszugsweise im Original zitieren möchten:

"MÜNCHEN/BERLIN (dpa-AFX) - Der staatliche Banken-Rettungsfonds SoFFin arbeitet bislang mit Gewinn. Von den bereitgestellten Garantien habe es bislang keine Ausfälle gegeben, dafür habe der SoFFin für die Garantien Gebühren erhalten, sagte der Vorsitzende des Bundestags-Kontrollgremiums für den Banken-Rettungsfonds, Albert Rupprecht, der Wirtschaftszeitung "Euro am Sonntag". Bei einem Zinssatz von etwa einem Prozent seien dies seit Oktober 2008 seiner Schätzung nach rund 100 Millionen Euro. Abzüglich der niedrigen Verwaltungskosten habe der Fonds unter dem Strich bisher einen deutlichen Gewinn gemacht."



Allgemeine Informationen:
www.afw-gmbh.de

Unter www.afw-gmbh.de finden Sie die zentrale Internetseite der **Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH**. Hier haben wir Ihnen viele nützliche Informationen und Tips rund um die Themen Versicherung, Investment, persönliche Finanzplanung und Vorsorge zusammengestellt.

Neben einer Übersicht wirklich notwendiger Versicherungen können für viele Bereiche Angebote online berechnet und beantragt werden.

Eingehend wird auch der Bereich der Finanzplanung erläutert. Dabei handelt es sich um einen umfassenden Ansatz, bei dem Versicherungen und Kapitalanlagen nicht mehr getrennt betrachtet, sondern sinnvoll kombiniert und optimiert werden. Hierzu gibt es leicht verständliche Beispiele und übersichtliche Grafiken.

Bei komplexen und umfangreichen Themen haben wir Links zu speziellen und ausführlichen Webseiten eingebaut.

Für Finanzberater interessant ist unsere in Eigenregie entwickelte Analysesoftware **FINANZSOFT**, für die eine Mustersauswertung einsehbar ist.

Interessierte Leser finden auch ein umfangreiches Pressearchiv mit Artikeln von oder über uns.

Das lasse man sich bitte auf der Zunge zergehen: Es gab bislang **KEINE AUSFÄLLE** und der Rettungsfonds ist durch die vereinnahmten Gebühren sogar im Plus!

Ganz offen: Wer hätte das gedacht? Sollte vielleicht alles wirklich nur halb so schlimm sein wie alle es reden?????

2. Finanznews

Ministerium nutzt ungeprüfte und falsche Zahlen

Nicht zuletzt durch die aktuelle Finanzkrise zeigt sich, daß viele Verbraucher in Geldfragen schlecht beraten wurden. Ohne Zweifel hat die gesamte Finanz- und Bankbranche ihren teilweise schlechten Ruf zu Recht, denn der leider manchmal klar provisionsgetriebene Verkauf gewisser freier Berater sowie die knallharten Umsatzvorgaben der Banken an ihre Mitarbeiter in den Filialen lassen oft wenig Raum für eine kundengerechte Beratung.

Andererseits aber ist es oft die unreflektierte Gier der Anleger nach noch mehr Rendite, die die Finanzinstitute gerade dazu zwingt, "innovative" und oft hochriskante Produkte aktiv anzubieten, um den Kunden nicht an einen Wettbewerber zu verlieren.

Insofern befeuern sich beide Seiten gegenseitig und es ist ohne Frage falsch, die Schuld nur einseitig zu vergeben.

Nunmehr hat aber das Verbraucherschutzministerium unter Ministerin Ilse Aigner einen extrem peinlichen "Bock geschossen": Das Ministerium zitiert aus einer selbst in Auftrag gegebenen Studie, nach der ein jährlicher Schaden von 20 bis 30 Milliarden (!) Euro durch Falschberatung im Finanzbereich entstehe.

Leider läßt diese Studie aber offensichtlich - und nicht nur in diesem Punkt - an fachlicher Qualität sehr zu wünschen übrig. Mit ein wenig Recherche, die inzwischen nahezu alle Fachblätter der Finanzberatungsbranche vorgenommen haben, ließ sich folgende Entwicklung nachverfolgen:

Die Studie bezieht sich auf eine Pressemitteilung der Privatuniversität Witten-Herdecke, in der für einen kostenpflichtigen Studiengang (EUR 12.700,-) geworben wird und die in diesem Zusammenhang diese Zahl nennt. Eine Nachfrage z.B. durch die Zeitschrift Cash. hat erbracht, daß es keinesfalls eine eigenständige Erhebung durch die Universität gäbe. Eine valide Quelle konnte oder wollte aber auch die Uni Witten-Herdecke nicht nennen. Woher stammt also die Zahl, die sonst auch offensichtlich nirgendwo in der Literatur aufgetaucht ist?

Die Antwort ist spannend und einfach: Im Jahr 1993 gab es einen "Bundesverband für Finanzdienstleistungen" mit einem - sagen wir öffentlichkeitsorientierten - Chef Carsten Lucht. Dieser erklärte seinerzeit auf einer Pressekonferenz, daß angeblich jährlich Schäden in Höhe von 40 Mrd. DM durch mangelhafte Finanzberatung entstehen. Auf diese Zahl angesprochen erklärte Carsten Lucht jedoch in einem Interview gegenüber der Zeitschrift Cash. (veröffentlicht in Ausgabe 1/1994), daß es sich um eine Mondsumme handele, die er den Medien lediglich als "Schlagwort" geliefert habe.

Und nun, 15 Jahre später, nutzt das Verbraucherschutzministerium dieses "Schlagwort" als feststehende Tatsache, um einen ganzen Berufsstand zu diskriminieren.

Glückwunsch für die "saubere Arbeit" der Autoren der Studie sowie an die Kompetenz der "Fachbeamten" im Ministerium! Jeder auf Qualität bedachte Journalist würde hier sofort zurückrudern und sich entschuldigen - aber Einsicht war in der Politik ja noch selten ein gefragtes Mittel!



Informationen zur Vorsorge:

www.vorsorgekatalog.de

Der Vorsorgekatalog ist eine von der **Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH** nun bereits im vierten Jahr herausgegebene Broschüre mit umfassenden Informationen zu den Themen **Versicherung, Vorsorge und Geldanlage**.

Nach einer tabellarischen Übersicht der sinnvollerweise benötigten Versicherungen finden Sie auf den folgenden Seiten zahlreiche nützliche Informationen und Tips zu folgenden Themen:

- **Sachversicherungen für Privatpersonen**
- **Sachversicherungen für Hausbesitzer**
- **Absicherung von Krankheitskosten**
- **Absicherung von Lebensrisiken**
- **Altersvorsorge**
- **Altersvorsorge mit Versicherungen, Angebote für spezielle Gruppen**
- **Kapitalanlagen**
- **Spezielle Aufgabenstellungen**

Unter www.vorsorgekatalog.de können Sie den Katalog als PDF-Datei herunterladen. Dort sind auch Links zu den im Katalog genannten Internetseiten.

Postbank muß Altersvorsorgekonto modifizieren

Die Postbank hat für ihre Kunden ein sogenanntes "Altersvorsorgekonto" geschaffen. Dabei handelt es sich um eine Investmentanlage mit Zertifikaten des Anbieters Goldman Sachs auf Aktien und Renten. Diese Zertifikate haben unterschiedliche Laufzeiten (Abläufe zwischen 2010 bis 2040) und garantieren zum Laufzeitende das eingezahlte Kapital. Gleichzeitig wird den Kunden ein Gewinn durch Orientierung am EURO STOXX 50 in Aussicht gestellt.

Aufgrund der Finanzkrise sind die Aktienzertifikate natürlich drastisch im Wert gesunken. Um die Garantie darstellen zu können, hat die Postbank im Januar wohl bei allen 41.000 Anlegern die kompletten Aktienanlagen in Rentenanlagen umgestellt. Das führte natürlich zu entsprechenden Kursverlusten - laut Financial Times Deutschland hat ein im Jahr 2005 eingestiegener Anleger mit einer Einmaleinzahlung und einer Laufzeit bis zum Jahr 2030 einen Buchverlust von 33% erlitten.

Angesichts der von 2005 bis Mitte 2007 stark gestiegenen Börsen ist das schon ein dramatischer Verlust. Viel schlimmer aber: Offensichtlich kann die Postbank die Garantieniveaus nicht mehr sinnvoll absichern. Deshalb wurde das Produkt mit Zustimmung der Finanzaufsicht BaFin neu strukturiert. Dabei wurden auch neue Zertifikate genutzt - diesmal von der "Goldman Sachs Finanzprodukte GmbH", die keinesfalls direkt die bekannte Investmentbank "Goldman Sachs" ist, sondern nur eine Tochter einer holländischen Stiftung. Die emittierende GmbH existiert erst seit dem Jahr 2008 und ist mit einem Stammkapital von EUR 25.000,- ausgestattet.

Ob hier trotz gegenteiliger Beteuerungen durch die Postbank eine wirklich ausreichende Sicherheit gegeben ist, bezweifeln wir angesichts der Negativ-Erfahrungen in diesem Bereich!

Wieso man als Anleger aber auf einer solchen Basis eine jahrzehntelange Altersvorsorge aufbauen will, erschließt sich uns jedoch nicht einmal ansatzweise - ein kurzer Blick hinter den Marketingnamen des Produktes sollte eigentlich ausreichen, oder?

Wie man Subprime etc. in den Bilanzen "verstecken" kann

Bilanzen erscheinen dem damit nicht Vertrauten oft wie ein Buch mit sieben Siegeln. Derzeit aber ist Bilanzsaison und nach dem Blutbad an den Finanzmärkten wird intensiv in den Medien darüber berichtet. Doch die allerwenigsten Journalisten schauen selbst mal in die Bilanzen rein und machen sich nicht die Mühe, hinter die Kulissen zu sehen.

Ein schönes Beispiel ist der schweizerische Versicherer SWISS LIFE. Dieser hat kürzlich seine 2008er Bilanz veröffentlicht und weist einen Gewinn von 345 Mio. Schweizer Franken (CHF) aus. Das klingt solide, oder?

Lassen Sie uns nur einen zweiminütigen Blick dahinter werfen: Unter <http://www.swisslife.com/bericht2008> finden wir den Finanzbericht für 2008. Uns interessiert hier in erster Linie der "Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung" (rechts) und darin der Punkt 37 "Umgliederungen von jederzeit verkäuflichen finanziellen Vermögenswerten zu Darlehen". Hier finden wir in eher blumigen Worten die Erläuterung, daß es sich hierbei wohl um die "toxischen Wertpapiere" handelt, die niemand mehr kauft - deshalb ist kein Markt mehr dafür vorhanden. Diese wurden bereits im Sommer 2008 in der Bilanz umgegliedert und werden jetzt nicht mehr als normale Anlagen, sondern als Darlehen geführt. Soweit und auch in Ordnung. Daß man die Anlagen aber lediglich um ca. 15,7% abschreibt (Differenz von "Buchwert" zu "Fair Value") verwundert dann doch etwas - rechnet man wirklich damit, daß die Ausfälle nicht höher sind? Aber gut, auch 1,26 Mrd. CHF Differenz zwischen Buchwert und Fair Value sind heftig - wobei diese nicht ergebniswirksam betrachtet werden.



Informationen zur Rürup-Rente:

www.basisrenten.de

Unter www.basisrenten.de finden Sie die Seite der Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH zur sogenannten „Basis-Rente“ oder Rürup-Rente.

Hier erhalten Sie allgemeine Informationen zu den Grundlagen und der Eignung dieser staatlich geförderten Privaten Rentenversicherung und zu den besonderen Bedingungen, die dafür erfüllt sein müssen.

Des Weiteren bieten wir Ihnen Informationen zu den steuerlichen Vorteilen (auch in Verbindung mit einer Berufsunfähigkeitsversicherung), sowie zum Konkurs-, Pfändungs- und Hart-IV-Schutz und Erläuterungen zur Bedeutung des sogenannten „hart garantierten Rentenfaktors“.

Auch werden Ihnen einige Produkte vorgestellt, die sich unseres Erachtens durch ganz besondere Vorteile auszeichnen:

1. RenditeRürup,
2. BritenRürup,
3. KlassikRürup.

Selbstverständlich können Sie unter www.rueruprenten.de auch ein individuelles Angebot anfordern.

Schauen wir weiter in den (hier auch verlinkten) Anhang Nr. 13 der Bilanz, den Punkt "Darlehen".

Hier finden wir eine spannende Aufstellung. Als Darlehen werden folgende Positionen zusammengefasst:

- Hypotheken 5,6 Mrd. CHF
- Policendarlehen 540 Mio. CHF
- Übrige gewährte Darlehen 1,45 Mrd. CHF
- Erworbene Darlehen 10,9 Mrd. CHF
- Zuvor als jederzeit verkäuflich klassifizierte Vermögenswerte (unsere Position aus Anhang 37 wie beschrieben) 14,7 Mrd. CHF

In Summe reden wir von 33,2 Mrd. (!) CHF Darlehen.

Wir stören uns nicht an dem (hier auch verlinkten) Anhang Nr. 33 der Bilanz mit dem "Fair Value der nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente" (d.h. der nicht realistisch bilanzierten Anlagen), sondern betrachten nur die beiden größten Positionen der Darlehen, nämlich die erworbenen Darlehen und die umklassifizierten Anlagen. Selbst bei vorsichtigster Betrachtungsweise muß man davon ausgehen, daß es sich in beiden Fällen um "toxische Wertpapiere" handelt. Das sind in der Summe (ohne die eigentlich schon jetzt notwendigen Wertberichtigungen) rund 25 Mrd. CHF, die "im Feuer" stehen. Setzt man dagegen die 6,65 Mrd. CHF Eigenkapital der SWISS LIFE, dann muß man sich schon fragen, wie stark das Unternehmen in seiner Existenz gefährdet ist!

Das ist jetzt eine Ansichtssache, denn niemand kann heute realistisch sagen, wieviel die Subprime & Co - Papiere wirklich wert sind. Fakt ist, daß die tatsächlichen Ausfälle derzeit (noch) minimal sind, wie das Beispiel des SoFFin-Gewinns (siehe TOP-Thema) zeigt. Insofern muß man sicherlich nicht damit rechnen, daß es zu einem Totalausfall der 25 Mrd. CHF kommen wird!

Aber alleine die als realistisch angenommenen, jedoch nicht als bilanzwirksam verbuchten Abschreibungen von 1,26 Mrd. CHF (wie schaut es denn überhaupt bei den "erworbenen Darlehen" aus?) reichen aus, um das Unternehmen zu belasten.

Uns stellen sich daher zwei Fragen:

Wie kommt man dazu, bei einer nicht-bilanzierten Belastung von 1,26 Mrd. CHF noch einen Gewinn von 345 Mio. CHF auszuweisen und durch Dividendenzahlungen dem Unternehmen dringend benötigte Liquidität zu entziehen?

Warum wird auf diese Umstände nicht eindeutig hingewiesen, sondern man muß sie sich erst selbst zusammensuchen?

Diese Fragen reichen eigentlich, um das Vertrauen eines Investors in das Geschäftsgebaren des Unternehmens zu erschüttern. Wobei sich hier - und das sei ganz klar gesagt - die Versicherten keine Sorgen zu machen brauchen. Wir sehen keinesfalls die Existenz der SWISS LIFE gefährdet! Mit diesem Beispiel sollte einfach nur mal erläutert werden, wie intransparent Unternehmen mit der Finanzkrise umgehen und wie relativ einfach man trotzdem die "toxischen Anlagen" in den Bilanzen finden kann.

3. Fondsnews

■ UNION Investment ärgert Riester-Sparer

Eine Form der für die "Riester-Rente" nutzbaren Produktformen ist das Sparen in Investmentfonds. Dabei aber sind die Anbieter in der Pflicht, bei Rentenbeginn mindestens die eingezahlten Beiträge zu garantieren. Um



Informationen zur „Riester-Rente“:
www.riester-produkte.de

Unter www.riester-produkte.de bietet die **Adolph Finanzplanung** und **Wirtschaftsberatung** Dienstleistungsgesellschaft mbH Informationen rund um die „Rente nach dem Altersvermögensgesetz“ oder kurz „Riester-Rente“.

Neben allgemeinen Informationen über die Private Zusatzvorsorge an sich erhalten Sie dort auch Erläuterungen zu den verschiedenen Elementen der Altersvorsorge in Deutschland.

Weiterhin bieten wir Ihnen Informationen zu Grundlagen, Voraussetzungen und Ablauf der staatlichen Förderung, der steuerlichen Behandlung der privaten Zusatzrente sowie eine grundsätzliche Übersicht der möglichen Produkte.

Auch stellen wir einige Produkte vor, die sich unseres Erachtens durch ganz besondere Vorteile auszeichnen. Diese sind:

1. *KlassikRiester*,
2. *ÖkoRiester*,
3. *RenditeRiester*.

Mittels eines Online-Rechners können Sie Ihre maximale Förderung bei Zahlung des Pflichtbeitrags sofort ausrechnen.

Selbstverständlich können Sie unter www.riester-produkte.de auch ein individuelles Angebot anfordern.

hier Risiken zu vermeiden, werden ganz unterschiedliche Formen der Absicherung genutzt.

Der mit Abstand größte Anbieter von Riester-Fondssparplänen mit 1,7 Mio. Verträgen ist die UNION Investment, die über die genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken verkauft. Und über diese ärgern sich nun die Anleger: Denn eigentlich sollten die Anlegergelder hauptsächlich im Internationalen Aktienfonds UniGlobal investiert sein. Doch bei rund 360.000 Riester-Verträgen hat die UNION aus Sicherheitsgründen die Gelder vom Aktienfonds in einen Rentenfonds, den UniEuroRenta umgeschichtet. Und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Kurse der Aktien bereits massivst im Keller waren - es wurden also für die Kunden die bislang nur theoretisch vorhandenen Verluste realisiert! Besonders pikant ist, daß es sich dabei auch um Verträge handeln soll, die noch mehr als 20 Jahre laufen - bei denen also mehr als genug Zeit für einen Ausgleich vorhanden gewesen wäre. Und ebenfalls "nett" ist die Tatsache, daß im UNION-Produkt die vollen Ausgabeaufschläge erhoben werden. So gab es mindestens einen Fall, in dem der Aktienfonds mit vollen 5% Ausgabeaufschlag gekauft und nur 7 Tage später in den Rentenfonds mit nur 3% Ausgabeaufschlag umgeschichtet wurde.

Es scheint sich zu beweisen, daß die "starrten" Riester-Fonds-Konstruktionen nur sehr bedingt geeignet sind, mit der aktuellen Krise klarzukommen. Wer will ausschließen, daß nicht auch in der Zukunft wieder zur Unzeit umgeschichtet wird und Verluste realisiert werden? Wir halten hier das derzeit aber nur von einem Anbieter wirklich angebotene einzelvertragliche und kundenindividuelle Sicherungskonzept für erheblich ausgereifter und vorteilhafter. Daß die Kosten für dieses Modell etwas höher liegen, würde die frustrierten UNION-Anleger sicherlich erheblich weniger stören als die eingetretenen Verluste!

■ **Lohnen sich Aktienfonds-Sparpläne?**

Ohne Frage ist dies in der Finanzbranche ein ketzerischer Einstieg. Der "map-report" hat jedoch aus den vom "Bundesverband Investment und Asset Management" (BVI) veröffentlichten Statistiken die 35 Aktienfondssparpläne analysiert, die seit mindestens 30 Jahren am Markt sind und ein erschreckendes Fazit gezogen: Nur ein einziger dieser Fonds hat über 10 Jahre ein Plus erwirtschaftet: Der "Hansasecur" mit 1,95% Gewinn. Die 35 Aktienfondssparpläne haben im Schnitt folgende Ergebnisse gebracht:

- 10 Jahre: -6,64% p.a.
- 15 Jahre: -1,29% p.a.
- 20 Jahre: +1,53% p.a.
- 25 Jahre: +3,18% p.a.
- 30 Jahre: +4,98% p.a.

Als attraktiv kann man das wirklich nicht bezeichnen - gerade wenn man bedenkt, daß die herkömmliche "langweilige" Kapital-Lebensversicherung im 30jährigen Zeitraum ein Plus von 5,45% im Schnitt (und nach allen Kosten!) erzielt hat.

Bitte, nicht daß wir uns falsch verstehen: Aktienfondssparpläne können durchaus attraktive Renditen erzielen und haben dies auch nachweislich getan. Es sei aber davor gewarnt, die möglichen Verlustrisiken dieser Anlageform auszublenden.



Informationen zu Investmentfonds:

www.aktienfonds.com

Unter www.aktienfonds.com finden Sie das Fondsportal der Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH. Hier können Sie sich ein Aktiendepot genau nach Ihrem Risikoprofil zusammenstellen lassen. Interessant ist dabei vor allem, daß Sie nahezu alle angebotenen Fonds ohne Ausgabeaufschläge erwerben können.

Dies macht es Ihnen leicht, "Depotheilung" zu betreiben. D.h. wenn Sie bereits Fonds besitzen, die aber in den letzten Jahren schlecht gelaufen sind, haben Sie die Möglichkeit, diese in "bessere" Fonds umzutauschen – ohne Ausgabeaufschlag!

Auf diese Weise können Sie Ihr Depot an die aktuelle Marktentwicklung, vor allem aber auch an Ihre sich mit der Zeit verändernden Wünsche und Ziele anpassen. Ihr persönliches Risikoprofil wird anhand von 17 Fragen bestimmt. Damit Ihr Depot eine langfristige Wertsteigerung erfährt, wird bei aktienfonds.com neben der Rendite auch Ihre persönliche Risikobereitschaft besonders berücksichtigt.

In unseren Gemanagten Portfolios werden regelmäßig die Entwicklung Ihres Depots und Ihrer Anlageziele überprüft.

■ Credit Suisse verkauft Großteil ihres Fondsgeschäfts

Die schweizerische Großbank Credit Suisse ist im Bereich der Investmentfonds in den letzten Jahren nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Da ist es nur konsequent, daß man sich nunmehr vom Großteil seines Fondsgeschäfts trennen wird: Voraussichtlich im 2. Quartal 2009 wird dieses an ABERDEEN Asset Management übergehen. Betroffen davon sind die meisten CSAM-Publikumsfonds, nicht aber der bekannte Offene Immobilienfonds CS Euroreal.

Wundern Sie sich also bitte nicht über neue Namen auf Ihrem Depotauszug!

■ Erste Schiffsfonds insolvent

Sie galten als sichere Investition, die Schiffe. Gerade vermögendere Anleger mit hohen Steuersätzen haben gerne zu den Schiffsfonds gegriffen – zu attraktiv erschienen weitgehend steuerfreie Ausschüttungen sowie die Nachfrageschübe durch immer mehr weltweiten Güteraustausch. Doch nun sind die ersten drei Schiffsfonds insolvent und die Branche erwartet für die nächste Zeit weitere Pleite-Kandidaten.

Betroffen sind aktuell

- MS Charline von "Fafa Capital"
- MS Carl C. von "Embdena"
- MS Hannes C. von "Embdena"

Über die Nächsten wollen wir hier nicht spekulieren, aber es zeigt sich einmal mehr, wie wichtig die Auswahl des richtigen Schiffes bzw. Schiffsfonds ist. Gut, wer hier bei einem seriösen Anbieter gelandet ist, der vielleicht sogar die guten Preise der letzten Jahre für eine schnellere Entschuldung und damit heute geringeres Risiko genutzt hat.

■ Madoff-Skandal – auch deutsche Fonds betroffen

Der Skandal um die veruntreuten 50 Mrd. US-Dollar, also das größte jemals dagewesene Schneeballsystem, zieht leider auch seine Kreise nach Deutschland. Und zwar trifft es einige Dachfonds, die ihrerseits in Madoff-Fonds investiert haben – wenn auch teilweise nicht im genauen Wissen, daß es sich dabei um solche handelt.

Prominentes Beispiel ist der rührige deutsche Fondsmanager Bernd Greisinger mit seinen "BG-Fonds". Er hat in den mittlerweile berühmten "Herald (LUX)"-Fonds investiert, der wohl sein gesamtes Vermögen beim New-Yorker Milliardenbetrüger Bernhard Madoff angelegt und verloren hat. Wobei der Herald (LUX) ja eigentlich von der kleinen Wiener Privatbank "Bank Medici" (die für Ende März 2009 die Einstellung des Geschäftsbetriebs angekündigt hat und an der die bekannte Bank Austria beteiligt ist) aufgelegt wurde.

Daß bei Madoff noch Gelder zu holen sind, scheint sehr unwahrscheinlich. Daher werden jetzt die europäischen Depotbanken der Fonds, allen voran die HSBC-Bank in die Pflicht genommen bzw. werden sich bald wohl entsprechenden gerichtlich geltend gemachten Forderungen gegenüber sehen. Ob auf diesem Weg noch etwas für die Greisinger-Fonds herauskommt ist offen. Derzeit (25.03.2009) sind die Fonds noch vom Handel ausgesetzt und es bleibt abzuwarten, wie sie nach der Wiederaufnahme der Notierung stehen werden. Nachdem aber bis zu 50% der Fondsvolumina in Madoff-Produkten investiert waren, steht hier für die Anleger Übles zu erwarten.

Übrigens hat auch die spanische Großbank BANCO SANTANDER einen Publikumsfonds aufgelegt, der bei Madoff investierte. Hier will man den Anlegern 100% ihres Investments zurückzahlen (betroffen ist der "Optimal Strategic US Equity Fund") – allerdings nicht in bar, sondern in



Informationen zur Altersvorsorge:
www.lv-angebote.de

Unter www.lv-angebote.de bietet die Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH Informationen rund um die verschiedenen Formen der Lebensversicherung und der Vorsorge.

Auf folgende Sparten der Lebensversicherung wird dabei ausführlich eingegangen und deren Vor- und Nachteile gegenübergestellt: Kapitallebensversicherung, Private Rentenversicherung, Fondspolice mit und ohne Mindestverzinsung, Britische Lebensversicherung, „Riester-Rente“, „Rürup-Rente“, Risikolebensversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung, Unfallversicherung und Spezialformen der Lebensversicherung für besondere Anforderungen.

Zu den verschiedenen Vorsorge- und Sparformen finden Sie eine Kurzübersicht der Vor- und Nachteile. Dabei sind auch alternative Formen wie z.B. Investmentfonds berücksichtigt.

Sie können sich online individuell Leistungen und Beiträge errechnen lassen – und dies kostenfrei und unverbindlich!

Zur beschleunigten Bearbeitung eines Antrags steht Ihnen unser kostenfreier, hauseigener Service des „Antrags-Tracking“ nutzen.

Abgerundet wird die Seite durch einige Fachartikel, die Ihnen bei der Auswahl der für Sie optimalen Gesellschaft helfen sollen.

Vorzugsaktien des eigenen Instituts, die jährlich zwei Prozent ausschütten und in zehn Jahren von der Bank zurückgekauft werden sollen. Sicherlich besser als ein Totalverlust - aber ist es das, was der Anleger will?

4. Versicherungsnews

Was Versicherungen 2009 bieten

Bekanntlich müssen die deutschen Lebens- und Rentenversicherungen immer am Anfang des Jahres die Verzinsung für das laufende Jahr bekanntgeben. Angesichts sinkender Zinsen an den Märkten wurde mit einem entsprechenden Rückgang gerechnet - dieser ist jedoch noch nicht eingetreten. Offensichtlich will sich die Versicherungsindustrie gegenüber der Fonds- und Investmentbranche als Hort der Sicherheit präsentieren, dem die Verbraucher ihr Vermögen sicher anvertrauen können. Wenn wir uns die laufenden Verzinsungen für 2009 anschauen, dann kann man nur festhalten, daß dies den meisten Unternehmen auch sehr erfolgreich gelingt:

TOP-Verzinsungen 2009:

- Europa: 5,00%
- Fortis: 4,85%
- CiV: 4,80%
- Debeka: 4,80%
- LVM: 4,75%
- Volkswahl Bund: 4,75%

Marktdurchschnitt: Ca. 4,27%

FLOP-Verzinsungen 2009:

- Zurich: 3,80%
- Protector (Sicherungspool): 3,70%
- Victoria: 3,60%
- Inter: 3,50%
- Universa: 3,50%

Beitragsexplosion in der Privaten Krankenversicherung?

Es heißt immer wieder, daß die Private Krankenversicherung langfristig so teuer werden würde. Eine hochinteressante Studie dazu hat nun der "map-report" veröffentlicht. Darin wurde die durchschnittliche Entwicklung der Bestandsbeiträge ausgewertet. Die Ergebnisse sind so ganz anders als die allgemeine Meinung:

Von 1993 bis 2009 erhöhte beispielsweise die DEBEKA den Bestandsvertrag (Tarif PN, Einstieg mit 32 Jahren) um lediglich durchschnittlich 4,2% pro Jahr. Die SIGNAL weist 7,5% durchschnittliche jährliche Steigerung auf (Tarife AS100+Z100+VSG100). Zwölf weitere Versicherer, die an der Studie teilgenommen haben, liegen zwischen diesen beiden Anbietern mit ihren Werten.

Bei Beamtentarifen liegen die Steigerungen sogar nur zwischen 2,9% (R+V-Versicherung) und 4,9% (LVM) pro Jahr.

Hinzu kommt, daß die Beitragsanpassungen deutlich rückläufig sind, also in den letzten Jahren geringer ausfielen als in der Vergangenheit.

Es zeigt sich also wieder einmal deutlich, daß sich mit der Wahl eines soliden Anbieters privater Krankenversicherungen die Beitragssteigerungen im Rahmen gehalten haben und mit denen der Gesetzlichen Krankenkassen (Erhöhungen der Beitragssätze und der Beitragsbemessungsgrenzen) durchaus vergleichbar sind. Im Gegensatz zu den



Informationen zur Privaten
Krankenversicherung:
www.kv-infos.de

Unter www.kv-infos.de finden Sie die Seite der **Adolph Finanzplanung** und **Wirtschaftsberatung** Dienstleistungsgesellschaft mbH mit Informationen rund um die Private Krankenversicherung.

Neben Grundinformationen zu Gesetzlichen und Privaten Krankenversicherungen und deren Unterschieden finden Sie hier Hinweise, was Sie bei der Auswahl einer Versicherungsgesellschaft beachten sollten.

Bei der Privaten Krankenversicherung können Sie zwischen einer Vollversicherung und einer Zusatzversicherung wählen. Für eine Vollversicherung müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Diese werden hier für verschiedene Personengruppen erläutert. Ferner finden Sie ausführliche Informationen zu Leistungsumfang, Beiträgen, Sicherheit im Alter, Familienversicherung, Wechsel zwischen Privater und Gesetzlicher Versicherung sowie Tips für die tägliche Praxis. Schließlich haben wir für Sie noch eine Liste der wichtigsten Privaten Krankenversicherungen zusammengestellt.

Die Leistungen der Gesetzlichen Krankenkassen werden immer weiter eingeschränkt. Entstehende Leistungslücken können durch eine private Zusatzversicherung abgedeckt werden. Über die möglichen Zusatzleistungen geben wir Ihnen einen Überblick.

Interessenten für eine Voll- oder Zusatzversicherung können sich online kostenfreie und unverbindliche Angebote erstellen lassen.

Gesetzlichen Krankenkassen mit ihren ständigen Leistungskürzungen und staatlich verordneter Ineffizienz besteht aber in der Privaten Krankenversicherung ein klarer Leistungsvertrag zwischen Kunde und Versicherer, der nicht einseitig zu Lasten des Kunden verringert werden kann. Wer also Sicherheit bei den Leistungen haben will, wird mehr und mehr in die Private Krankenversicherung gedrängt!

■ **Leistungskürzungen für Beamte im Bund, in NRW und im Saarland**

Beamte der Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland, die Anspruch auf Beihilfe im Krankheitsfall durch ihren Dienstherrn haben sowie alle Beamte nach den Beihilferichtlinien des Bundes müssen seit Jahresbeginn einige Verschlechterungen hinnehmen:

- Die Einkommensgrenzen für mitversicherte Ehepartner wurden gesenkt (Bund und Saarland)
- Minderung der Beihilfe bei Inanspruchnahme eines Heilpraktikers (Bund)
- Nur noch zwei Implantate pro Kiefer ohne besondere Indikation sind erstattungsfähig

Dafür sind in NRW und im Saarland nunmehr Hospizaufenthalte beihilfefähig.

5. Renten- und Sozialversicherungsnews

■ **Krankengeld für Selbständige kommt wieder**

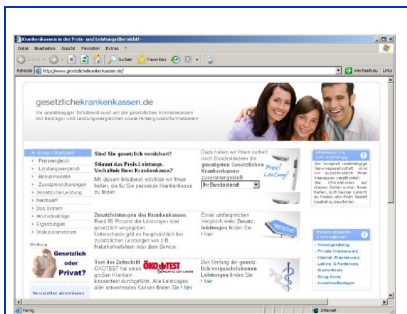
Nachdem es zum Jahreswechsel von der schwarz-roten Regierung abgeschafft worden war, kommt es nun doch wieder: Das Krankengeld für Selbständige aus der Gesetzlichen Krankenversicherung. Diese sollen künftig wahlweise entweder den regulären Beitragssatz von 15,5% bezahlen und damit genauso wie Arbeitnehmer ab der sechsten Woche einen Krankengeldanspruch haben oder nur den verringerten Beitragssatz von 14,9% bezahlen und damit keinen Anspruch auf Krankengeld erwerben. In diesem Fall kann es wie bisher z.B. über eine Zusatz-Krankenversicherung abgesichert werden.

Die bisher von den Gesetzlichen Krankenkassen angebotenen Wahltarife mit dreijähriger Bindung an die Kasse sollen mit Inkrafttreten dieser Regelung automatisch enden und in den Regelbeitrag übergehen. Allerdings ist noch nicht klar, zu welchem Datum genau die neue alte Regelung in Kraft treten wird.

■ **Krankenkassen vor dramatischem Minus**

Wie die Financial Times Deutschland berichtet, steht für das Jahr 2009 ein erhebliches Minus für die Gesetzlichen Krankenkassen zu erwarten, die Zeitung spricht von rund drei Milliarden Euro. Dem widerspricht der Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums, die Zahlen seien "Mutmaßungen" und "Es gibt kein Defizit". Gerade angesichts der Erfahrungen in der Vergangenheit mit der vom Ministerium geübten Propaganda- und Verschleierungstaktik hat diese Aussage allerdings eher den Wert von Ulbrichts legendärem Ausspruch "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Zugegeben wird aber ein erwartetes Minus von 1 Mrd. EUR (wieso das kein Defizit sein soll, ist sicherlich auch nur der Frau Ministerin und ihrem Chef-Propagandisten bekannt) im Gesundheitsfonds, das aber durch Steuermittel ausgeglichen werden soll. Angesichts der Milliarden-Staatshilfen für die Finanzindustrie ohnehin "nur" der ganz normale Wahnsinn,



**Vergleich Gesetzlicher
Krankenkassen:**

gesetzlichekrankenkassen.de

Unter gesetzlichekrankenkassen.de finden Sie den Infodienst der **Adolph Finanzplanung** und **Wirtschaftsberatung** Dienstleistungsgesellschaft mbH. Er soll Ihnen helfen, die für Sie passende Krankenkasse zu finden.

Außer allgemeinen Erläuterungen zu den Leistungen der Kassen geben wir hier vor allem einen ausführlichen Preis- und Leistungsvergleich der Gesetzlichen Krankenkassen.

Sortiert nach Bundesländern sind die günstigsten Krankenkassen aufgeführt. Spezielle Selbstbehalts- oder Bonusmodelle verschiedener Kassen können Sie in einer PDF-Datei abrufen.

Eine weitere Tabelle listet auf, welche Gesetzlichen Krankenkassen mit welchen Privaten Krankenversicherungen kooperieren, um private Zusatzversicherungen anzubieten.

Weiterhin erhalten Sie auf dieser Seite zahlreiche Hintergrundinformationen über das System und die Grundleistungen der Gesetzlichen Krankenkassen, den Wechsel der Kasse und Beitragsgrenzen.

Die umfangreichen Leistungsvergleiche des Infodienstes www.gesetzlichekrankenkassen.de wurden bereits mehrfach in der Zeitschrift "Ökotest" abgedruckt.

der ja seit Jahren unter Ausschluß des Interesses der Öffentlichkeit praktiziert wird.

Hintergrund für die neuen Lücken sollen die nachlassende wirtschaftliche Dynamik sein, die zu Beitragsausfällen führt sowie die seit Jahresbeginn deutlich gestiegenen Ausgaben. So scheint es nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die ersten Krankenkassen individuelle Zusatzbeiträge erheben werden.

Von Seiten der Betriebskrankenkassen (BKKn) hieß es zum Gesundheitsfonds ganz deutlich: "Der Fonds ist konstruktionsbedingt unterfinanziert."

■ **Krankenversicherungsbeiträge für Rentner**

Seit Anfang des Jahres gelten durch den neuen einheitlichen Beitragssatz für Rentner folgende Abzüge für die Krankenversicherung:

- Die Gesetzliche Rentenversicherung zahlt 7,3% von der Rente als Beitrag.
- Jeder Rentner muß selbst weitere 8,2% von der Rente als Beitrag zahlen. Dieser Anteil wird direkt von der Rente abgezogen und durch die Deutsche Rentenversicherung an die Krankenkasse abgeführt.

Alle freiwillig gesetzlich oder privat versicherten Rentner erhalten seit Januar von der Deutschen Rentenversicherung einen Zuschuss von 7,3%, der mit der Rente ausgezahlt wird.

Wer Mitglied einer Krankenkasse ist, die künftig einen Zusatzbeitrag erhebt, wird diesen vollständig selbst bezahlen müssen!

6. Rechts- und Steuernews

■ **Bankgeheimnis noch weiter durchlöchert**

Der Bundesfinanzhof als höchstes deutsches Steuergericht hat am 18.03.2009 ein Urteil (Az. VII R 47/07) veröffentlicht, das die Überwachung der Bürger noch mehr ausweitet. So haben haben bei Betriebsprüfungen von Banken Kontrollmitteilungen an die Wohnsitzfinanzämter der jeweiligen Kunden auch dann zu erfolgen, wenn bei diesen kein Verdacht auf Steuerhinterziehung vorliegt. Es reicht aus, "wenn das zu prüfende Bankgeschäft Auffälligkeiten aufweist, die es aus dem Kreis der alltäglichen und banküblichen Geschäfte hervorheben". Auch wenn "allumfassende Kontrollmitteilungen" verboten bleiben, muß man künftig mit sehr viel Datenaustausch zwischen Banken und Finanzämtern rechnen. Wo genau die Grenze gezogen wird, wurde im Urteil nicht definiert. Es ist aber damit zu rechnen, daß dies sehr weitgehend ausgelegt wird und schon kleine Abweichungen vom Üblichen für eine Meldung ausreichen.

Wer also seine Privatsphäre gewahrt wissen will, wird heute weniger als jemals zuvor um ein Konto im Ausland herunkommen. Auch wenn Länder wie die Schweiz, Liechtenstein, Österreich, Luxemburg und Belgien ihr Bankgeheimnis auf internationalen Druck hin aufweichen, so bieten sie noch immer Konten, auf die die deutschen Finanz- und Sozialbehörden eben nicht per Knopfdruck (!) direkten Zugriff und Einsicht haben und deren Geldbewegungen nicht gemeldet werden.

Daß wir hier nur über steuererliche Konten reden, ist klar - auch in den bisherigen "Steueroasen" wird es künftig Auskünfte bei begründetem Verdacht auf Steuerhinterziehung an die deutschen Behörden geben.

Die Wahrung der Privatsphäre bei steuererlichen Bürgern sollte aber ein Grundrecht sein - und wenn Deutschland dies nicht mehr bietet, dann



Allgemeine Informationen:
www.afw-gmbh.de

Unter www.afw-gmbh.de finden Sie die zentrale Internetseite der **Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH**. Hier haben wir Ihnen viele nützliche Informationen und Tips rund um die Themen Versicherung, Investment, persönliche Finanzplanung und Vorsorge zusammengestellt.

Neben einer Übersicht wirklich notwendiger Versicherungen können für viele Bereiche Angebote online berechnet und beantragt werden.

Eingehend wird auch der Bereich der Finanzplanung erläutert. Dabei handelt es sich um einen umfassenden Ansatz, bei dem Versicherungen und Kapitalanlagen nicht mehr getrennt betrachtet, sondern sinnvoll kombiniert und optimiert werden. Hierzu gibt es leicht verständliche Beispiele und übersichtliche Grafiken.

Bei komplexen und umfangreichen Themen haben wir Links zu speziellen und ausführlichen Webseiten eingebaut.

Für Finanzberater interessant ist unsere in Eigenregie entwickelte Analysesoftware **FINANZSOFT**, für die eine Musterauswertung einsehbar ist.

Interessierte Leser finden auch ein umfangreiches Pressearchiv mit Artikeln von oder über uns.

kann eine Konto- oder Depotführung z.B. in Luxemburg oder Österreich genau der richtige Weg sein!

Apropos Österreich: Hier hat sich die Regierung vor wenigen Tagen verpflichtet, mit anderen Ländern Auskünfte über Konten ausländischer Bankkunden nach OECD-Standards auszutauschen. Das verfassungsmäßige Bankgeheimnis soll damit nur noch für Inländer und nicht mehr vollumfänglich für Ausländer gelten.

Das bedeutet, daß bei begründetem Verdacht und nicht automatisiert Auskünfte an ausländische Behörden möglich sind.

■ **Versicherungskündigung per Fax ist wirksam**

Immer wieder kommt es zum Streit, ob die Kündigung einer Versicherung per Fax wirksam ist. Hierzu hat das OLG Karlsruhe ein klares Urteil gefällt (Az. 12 U 65/08): Als Nachweis für den Zugang des Faxes reicht ein Sendebericht mit der Faxnummer des Empfängers und einem OK-Vermerk aus.

Dabei spiele es laut Gericht keine Rolle, ob das Schreiben vom Empfangsgerät tatsächlich ausgedruckt wurde, sondern daß die gesendeten Daten vom Empfangsgerät vollständig empfangen und gespeichert wurden. Und das sei mit dem Faxprotokoll hinreichend bewiesen.

■ **Alterseinkünftegesetz ist rechtmäßig**

Mit dem seit 2005 geltenden Alterseinkünftegesetz wurde die Besteuerung von Renten komplett geändert: Nunmehr sind Beitragszahlungen steuerfrei, die Rentenzahlungen müssen jedoch versteuert werden (sogenannte "nachgelagerte Besteuerung"). Davon betroffen sind auch Personen, die bereits Rente erhalten. Diese haben aber den Nachteil, daß sie nunmehr ihre Rente versteuern müssen, die Beiträge aber nicht mehr absetzen können.

Der Bundesfinanzhof hat nun entschieden (Az. X R 15/07), daß diese Systemumstellung zulässig ist, sofern es nicht zu einer Doppelbesteuerung kommt. Auch gäbe es umfangreiche Übergangszeiten bis zum Jahr 2040, die keinen Verstoß gegen das Grundgesetz darstellen würden.

■ **Provisionen geschlossener Fonds sind offenzulegen**

Großen Ärger hat nun die Commerzbank, die seinerzeit sehr aktiv sogenannte Medienfonds vermittelt hat. Diese "Geschlossenen Fonds" haben einerseits offen ausgewiesene Ausgabeaufschläge, andererseits aber auch verdeckte Innenprovisionen, sogenannte "Kickbacks" in erheblicher Höhe (zusammen mindestens 8 Prozent). Diese Kickbacks wurden von der Bank dem Kunden gegenüber aber nicht offengelegt und es kam nunmehr zum Prozeß.

Hier hat der Bundesgerichtshof eine klare Aussage getroffen (Az. XI ZR 510/07), wonach Rückvergütungen dieser Art grundsätzlich offlegungspflichtig sind. Wörtlich hieß es: "Darüber und den damit verbundenen Interessenkonflikt musste die Beklagte den Kläger im Rahmen des Beratungsgesprächs informieren, um ihn in die Lage zu versetzen, das Umsatzinteresse der Beklagten einschätzen und beurteilen zu können, ob die Beklagte und ihr Berater die Fondsbeteiligung nur deshalb empfahlen, weil sie selbst daran verdienen."



**Ihr Autor:
Thomas Adolph**

Vilbeler Landstr. 186
60388 Frankfurt
Tel.: 06109-50560
Fax: 06109-505629

eMail: info@afw-gmbh.de
www.afw-gmbh.de

Detailliertere Informationen finden Sie auf unseren Internetseiten, u.a. zu folgenden Themen:

Allgemeine Infos:
www.afw-gmbh.de

Vorsorgekatalog:
www.vorsorgekatalog.de

Infos zur Altersvorsorge / Absicherung:
www.lv-angebote.de

Infos zur "Riester-Rente":
www.riester-produkte.de

Infos zur "Rürup-Rente":
www.rueruprenten.de

Langfristige und steueroptimierte Altersvorsorge:
www.methusalempolice.de

Infos zu Krankenversicherungen:
www.kv-infos.de

Vergleich gesetzlicher Krankenkassen:
www.gesetzlichekrankenkassen.de

Infos zu Sozialreformen:
www.sozialreformen.info

Investmentfonds:
www.aktienfonds.com

Geschlossene Fonds:
www.fondsangebote.de

Private Haftpflichtvers. ONLINE:
www.privatehaftpflicht.de

Unfallversicherung ONLINE:
www.unfallversicherungen.de.com

Rechtsschutzversicherung ONLINE:
www.rechtsschutzweb.de

Dieser Newsletter im Internet:
www.afw-gmbh.de/aktuell/aktuell.html

Bestellung und Abbestellung des Newsletters: www.afw-gmbh.de

7. Und dann war da noch...

... die einfache Form, in den USA mit dem Problem eines überschuldeten Eigenheims fertigzuwerden: Wenn die Immobilie nicht veräußerbar ist und die Schulden für das Immobiliendarlehen übermäßig drücken, dann muß man nur die sogenannte "Jingle Mail" schicken. Das bedeutet, man schickt den Schlüssel für die Immobilie der Bank zurück und verzichtet auf das Objekt. Damit ist man automatisch auch alle damit in Verbindung stehenden Schulden los, denn in Amerika haftet man nur mit der Immobilie und nicht mit dem persönlichen Vermögen. Das Problem hat dann die Bank, die die Zwangsverwertung vornehmen muß.

Vielleicht erklärt dies, warum die Subprime-Krise so stark auf den Bankensektor durchgeschlagen hat?

Aktuelle Artikel von Thomas Adolph in der Presse:

- Performance 1+2/2009: Nur einfache Produkte gewinnen

Fernsehen mit Thomas Adolph:

- Deutsches Anlegerfernsehen: SEB Asset Selection Fonds
- Deutsches Anlegerfernsehen: Aktiv vs. Passiv gemanagte Fonds
- Versicherungcheck für Makler: Risiko-Lebensversicherung der DIALOG
- Versicherungcheck für Makler: Berufsunfähigkeitsversicherung der CONDOR
- Branchentalk: Gewinne mit Fondspolice?
- Branchentalk: Versicherungsvertrieb via Internet?

Die meisten Artikel und Fernsehbeiträge sind auch über die Website www.ThomasAdolph.de direkt abrufbar.